

Photovoltaik soll jetzt Schule machen in Kelheim

ENERGIE Kreisausschuss will Strom vom Gymnasiums-dach holen – mit EU-Anlage.

KELHEIM. Stromgewinnung soll Schule machen in Kelheim: Der Landkreis wird auf dem Dach des Donau-Gymnasiums eine Photovoltaik-Anlage errichten und selbst als Betreiber fungieren. Das war einstimmiger Wille im Kreisausschuss. Mit knapper Mehrheit beschloss das Gremium ferner, bei der Ausschreibung der Anlage bestimmte Qualitätskriterien vorzugeben, um damit Anbieter von Billigware aus Asien auszubremsen.

Diesen seinen Zusatzantrag setzte ÖDP-Sprecher Peter-Michael Schmalz gegen die Warnung der Kreisverwaltung und von Landrat Dr. Hubert Faltermeier durch, die in einer solchen Einschränkung einen Verstoß gegen das EU-wettbewerbsrechtliche Diskriminierungsverbot sahen und eine Aufhebung der Ausschreibung befürchteten. Mit sechs Vertretern unterlag die

se Meinung gegen die sieben Kreisräte, nach deren Ansicht auch die öffentliche Hand, trotz gebotener Neutralität, sehr wohl Qualitätsstandards in der Ausschreibung festlegen dürfe, so lange diese nicht einen einzelnen Hersteller begünstigen. Edgar Fellner geriet regelrecht in Rage, als darüber längere Zeit diskutiert wurde: „Es kommt mir vor, als wäre das die erste Ausschreibung, die wir machen“, kritisierte er die Bedenken der Verwaltung.



Bei der Generalsanierung wurde das Dach des Donau-Gymnasiums bereits für eine PV-Anlage ausgelegt.

Foto: Archiv

Im Grundsatz freilich war sich der Ausschuss einig, dass das neue Dach des Gymnasiums eine PV-Anlage bekommen soll – zumal es bei der Konstruktion im Rahmen der Generalsanierung schon dafür ausgelegt worden war. Wenzel Fellner vom Kelheimer Ingenieurbüro Brundobler stellte die Vor- und Nachteile einer solchen Anlage kurz vor sowie deren Wirtschaftlichkeit. Rechnen könne man geschätzt mit knapp 290 000 Kilowatt-Stunden Stromertrag im Jahresdurchschnitt. Bei der Einspeisevergütung, die ab 1. Dezember gilt, bringe die Anlage im Schnitt rund 44 300 Euro Jahres-Nettoertrag, rechnete der Elektrotechnik-Meister vor. Dem, so Fellner, stehen für den Landkreis die Investitionskosten gegenüber, die deutlich davon abhängen, welche PV-Module Verwendung finden: Bei deutschen Herstellern betragen die Montagekosten bis zum Wechselrichter rund 1600 Euro pro kW-peak, also bei einer 400 kWp-Anlage rund 640 000 Euro, so Fellner. Mit Modulen aus dem Aus-

land komme man auf 1250 Euro je kWp, also 500 000 Euro. Die weiteren Kosten für die Integration der Anlage ins Gebäude bezifferte in beiden Varianten auf rund 60 000 Euro. Abhängig von den gewählten Modulen und den Zinskonditionen variierten dabei Tilgungslast und -dauer, erläuterte Fellner und empfahl den Kreispolitikern die Variante mit ausländischen Modulen und einem KfW-Kredit über zwölf Jahre Laufzeit als „wirtschaftlich auskömmliche“ Variante.

Demgegenüber vertraten mehrere Kreisräte die Meinung, dass der Landkreis versuchen sollte, PV-Module europäischer Hersteller zu bekommen. Antragsteller Schmalz begründete dies mit den Produktionsbedingungen in China, die aus Gründen des Umweltschutzes und der Arbeitsbedingungen „ethisch-moralisch bedenklich“ seien. Andreas Kreitmeier (CSU) führte volkswirtschaftliche Aspekte ins Feld. „Wir können zwei Stunden lang ethisch-moralisch diskutieren – es geht halt nicht“, hielt Kreiskämmerer

Johann Auer seine Sicht entgegen, wonach öffentliche Ausschreibungen in der EU keine Hersteller aus bestimmten Ländern ausschließen dürfe. Der Kommunale Prüfungsverband habe ihm dies bestätigt, so Auer. Wenzel Fellner vom Ingenieurbüro Brundobler sagte, in der Ausschreibung sei es möglich, mit einer gewissen Bandbreite bestimmte Produkteigenschaften zu fordern. Allerdings laufe man dabei immer Gefahr, sich angreifbar zu machen, wenn jemand gegen eine Vergabe vorgehen wolle. Peter-Michael Schmalz beantragte schließlich, dass in der Ausschreibung eine Glasstärke der Module von mindestens vier Millimetern sowie ein Mindestwert beim so genannten Rückstrom-Schutz gefordert werden: Beides könne man problemlos als Qualitätsanforderungen begründen, und es gebe genug Hersteller, die diese Kriterien erfüllen könnten, so Schmalz.

Haushaltstechnisch soll die Photovoltaik-Anlage im Jahr 2013 realisiert werden.

(hu)